



Bericht aus Berlin

12. Mai 2023

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Bund-Länder-Gipfel zeigt ein grundlegendes Dilemma: Wenn es um Flüchtlinge und Migration geht, entscheidet der Bund absolut alleinverantwortlich. Die Länder und Kommunen können nur reagieren und müssen – hart gesprochen – die Politik des Bundes ausbaden. Wenn eine Regierung wie die Ampel dann keine Entscheidungen trifft und ein Kanzler wie Olaf Scholz wieder einmal die Führung verweigert, stehen die Betroffenen von den Ländern bis zur kommunalen Ebene buchstäblich im Regen. Hier kann und darf die Regierung sich nicht länger aus der Verantwortung stellen. Sie muss ihren angemessenen verlässlichen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise leisten. Vor allem aber darf die aktuelle Entwicklung nicht ungebremst weiter gehen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland bereits 110.516 Asylanträge gestellt – deutlich mehr als im Vorjahr. Der weitaus größte Teil dieser Anträge dürfte wenig Aussichten auf Erfolg haben. Die Menschen sind aber erst einmal da, müssen untergebracht und versorgt werden. In Zeiten, in denen vor Ort bei der Aufnahme von rund einer Million Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine ohnehin Gewaltiges geleistet wird, müssen wir hier die Notbremse ziehen. Eine endgültige Überlastung unserer kommunalen Einrichtungen gilt es zu verhindern. Dafür gibt es wirksame Ansätze. Die Bundesregierung muss die Anreize für einen unbegründeten Asylantrag in Deutschland minimieren und dafür weitere Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten und Georgien, als sichere Herkunftsstaaten einstufen. Wir brauchen europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz.

Unerlaubte Einreisen in den Schengen-Raum müssen deutlich reduziert werden – dazu gehören konkrete, kurzfristig umsetzbare Maßnahmen für einen effektiveren EU-Außengrenzschutz. Schließlich muss die lange angekündigte Rückführungs-offensive – insbesondere von Straftätern und Gefährdern – endlich umgesetzt werden. Dafür sind keinerlei Gesetzesinitiativen und langwierige Diskussionen nötig – es genügt der politische Wille, die bereits vorhandenen Hebel konsequent zu nutzen. Unser Land steht wie kaum ein anderes zu seiner Verantwortung bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Unsere Städte und Gemeinden leisten einen gewaltigen Beitrag. Sie und die Menschen, die sich hier engagieren, haben einen Anspruch darauf, endlich die verdiente Unterstützung zu erhalten. Gefordert ist in dieser verfahrenen Situation wieder einmal Olaf Scholz: Er muss mit seiner Richtlinienkompetenz als Kanzler die Führung übernehmen und Deutschlands Migrationspolitik zur Chefsache machen.

Geht es Ihnen auch so? Ich habe im Moment das starke Gefühl, dass unser Wirtschaftsminister sein Heimatbundesland systematisch sabotiert. Erst wird die A20 auf die lange Bank geschoben, nun soll die Erweiterung der A23 auf Habecks ausdrücklichen Wunsch hin aus der Liste der Projekte von überragendem öffentlichem Interesse fliegen. Dass der sechsspurige Ausbau zwischen Tornesch und dem Dreieck Hamburg Nord-West eine Engpass-Beseitigung von überragendem öffentlichem Interesse ist, kann wohl jeder bestätigen, der auch nur ab und zu mit dem Auto zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein unterwegs ist.

Seite 1



Bericht aus Berlin

12. Mai 2023

Ganz zu schweigen von Abertausenden Pendlern, die hier Tag für Tag im Stau stehen. Hier könnte man fast noch geneigt sein, die Verhinderung von Autobahnen als urgrüne Folklore abzutun. An anderer Stelle ist Habecks Intervention allerdings ein absolut verheerendes Signal für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes. Wir wollen innovative Unternehmen wie Northvolt an der schleswig-holsteinischen Westküste ansiedeln. Und was macht der Bundeswirtschaftsminister? Er hintertreibt die nötigen Verkehrsanbindungen. Nicht jeder Wirtschaftsminister kann ein Ludwig Erhard sein. Aber uns allen wäre schon viel geholfen, wenn unser aktueller Minister aufhören würde, die Wirtschaft gezielt zu sabotieren.

Bleiben wir beim Thema und lassen Sie uns zum Schluss über das krude grüne Verständnis von Familienförderung reden. Was bei Personalentscheidungen in Habecks Wirtschaftsministerium vor sich geht, kann man wirklich nur noch unter Vetternwirtschaft verbuchen. Während der Wirtschaftsminister den Bürgern per Gesetz so tief in die Tasche greifen will wie noch keiner vor ihm, regieren in seinem Ministerium Postenschieberei und skrupellose Selbstbereicherung des Family & Friends-Netzwerkes. Es wird Zeit, endlich persönliche Konsequenzen zu ziehen und den verkorkten Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes abzuräumen.

Falls Sie Ihre Stimme gegen den Habeck'schen Heiz-Hammer abgeben wollen, gibt es – neben den anstehenden Wahlen – nun noch eine weitere Möglichkeit. Die CDU hat eine Online-Unterschriftenaktion gestartet, die mit jeder abgegebenen Stimme an Gewicht gewinnt. Gemeinsam können wir Druck machen.

Seien Sie dabei – Ihre Stimme zählt! Hier geht es zur Liste: https://aktion.cdu.de/fair-heizen?utm_source=Newsletter&utm_medium=email&utm_content=&utm_campaign=email-campaign

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB, auf folgende Themen ein:

- Aktuelle Stunde „Vertrauensverlust im Klimaschutz verhindern – Konsequenzen aus den familiären Verflechtungen in der Personalpolitik unter Bundesminister Habeck ziehen“ und Leitantrag „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte“.
- Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Migrationspolitik am 10. Mai 2023 und unsere Anträge „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ sowie „Irreguläre Migration an den Grenzen steuern, begrenzen und kontrollieren“.

Es grüßt Sie und Euch recht herzlich

Dir/Euer

Mark Helfrich



Friedrich Merz MdB, Vorsitzender

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 9. Mai 2023

20. WP/ 33

I. Kernbotschaften der Woche

Aktuelle Stunde „Vertrauensverlust im Klimaschutz verhindern – Konsequenzen aus den familiären Verflechtungen in der Personalpolitik unter Bundesminister Habeck ziehen“ und Leitantrag „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte“.

Bundesminister Habeck und Bundeskanzler Scholz bleiben Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern schuldig. Das Berufungsverfahren des Geschäftsführers der „dena“ genügte nicht rechtsstaatlichen Standards. Es sind noch viele Fragen offen, ob von Staatssekretär Graichen das Trauzeugen-Verhältnis bewusst verheimlicht wurde. Das Eingeständnis eines Fehlers reicht nicht aus.

Bei der Personalauswahl wird statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel verunsichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie.

Wir hingegen stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern“ statt vor allem auf „Verbieten und Verordnen“. Die CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO₂-Einsparung überlassen. Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Migrationspolitik am 10. Mai 2023 und unsere Anträge „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ sowie „Irreguläre Migration an den Grenzen steuern, begrenzen und kontrollieren“.

Nach monatelangem Zögern beruft Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise ein. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU. Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim Kommunalgipfel unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert.

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie etwa europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.
- Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen.

II. Die Woche im Parlament

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

In abschließender Beratung befassen wir uns mit unserem Antrag **Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken**. Wir sehen die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements in der Bundesregierung mit großer Sorge. Bei allen aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine klare, auf den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung basierende Strategie. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolgversprechenden Energietransformation. Mit unserem Antrag stellen wir klar: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

Umsetzung der Empfehlungen der Beschleunigungskommission Schiene. Am 13. Dezember 2022 hat Bundesverkehrsminister Wissing den Abschlussbericht der Beschleunigungskommission Schiene (BKS) entgegengenommen. Dieser enthält 70 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern, von Vertretern der Branche, der Ministerialverwaltung sowie der Koalitionsfraktionen erarbeitet. Unser Antrag identifiziert – orientiert an den Empfehlungen der BKS – fünf Handlungsfelder, auf denen die Bundesregierung tätig werden muss. Die Bundesregierung bleibt derweil eine Konkretisierung, die gesetzliche Umsetzung der Maßnahmen sowie einen Zeitplan schuldig. Viele der Maßnahmen hätten laut Zeitplan der BKS bereits im ersten Quartal 2023 begonnen werden müssen. Die Handlungsempfehlungen der Schienenbranche drohen nun folgenlos zu bleiben. Deshalb fordern wir: Die Empfehlungen der BKS müssen dringend umgesetzt werden. Diese schnell umsetzbaren Maßnahmen können das Schienennetz und den Schienenverkehr deutlich verbessern.

Die deutschen Seehäfen sichern – im Zusammenspiel mit dem Nord-Ostsee-Kanal – Wohlstand, Beschäftigung und Versorgungssicherheit in Deutschland. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels werden über die Seehäfen abgewickelt. Rund 70 Prozent seines Energiebedarfs deckt Deutschland durch den Import verschiedener Energieträger über die Häfen. Damit die deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen, resiliente und effiziente Energie- und Rohstoffdrehkreuze

entstehen und Abhängigkeiten von anderen Staaten reduziert werden, fordern wir mit unserem Antrag: **Hafenstandort Deutschland stärken**. Dazu schlagen wir neben der Entwicklung einer langfristig angelegten Nationalen Hafenstrategie umgehende, wirksame Maßnahmen vor, die den geostrategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union dienen.

Gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen bringen wir in dieser Woche einen Antrag für die Errichtung eines **Mahnmals für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas** ein. Der Antrag fordert für die Bundesregierung auf, sich für ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas im Berliner Tiergarten einzusetzen und über die Verfolgung dieser Opfergruppe zu informieren. Die Initiative greift das Anliegen auf, die Zeugen Jehovas als bislang „vergessene Opfergruppe“ in der Erinnerungs- und Gedenkkultur angemessen zu berücksichtigen. Die Zeugen Jehovas waren eine der ersten Gruppen, die von den Nationalsozialisten noch 1933 verboten und systematisch verfolgt wurden. Es handelt sich um die größte Gruppe von Kriegsdienstverweigerern im Nationalsozialismus. Etwa 14.000 Zeugen Jehovas erlitten direkte Verfolgung, zumeist durch Haft, über 4.000 waren in Konzentrationslagern inhaftiert. Sie wurden dort mit einem eigenen Kennzeichen, dem „lila Winkel“, stigmatisiert.

Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen voranbringen – Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität. Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden. Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hatte. Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff-Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

Generalverdacht gegen öffentlichen Dienst verhindern – Prävention gegen Extremismus stärken, Disziplinarverfahren im bestehenden System beschleunigen. An der Integrität unserer Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten gibt es keine ernsthaften Zweifel. Alle Untersuchungen und Lageberichte der letzten Jahre zeigen übereinstimmend, dass unsere Staatsdienerinnen und -diener bis auf sehr wenige Ausnahmen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Unter Demokraten sollte aber Einigkeit herrschen: Jeder extremistische Einzelfall ist einer zu viel. Menschen mit extremistischen und verfassungsfeindlichen Ansichten und Handlungen haben im Staatsdienst nichts verloren. Wer hoheitlich tätig wird, darf dies ausschließlich in dem vom Grundgesetz vorgegebenen und durch Recht und Gesetz ausgestalteten Rahmen tun. Uns eint daher das Ziel, Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und möglichen Tendenzen bereits im Vorfeld konsequent entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat nun allerdings den Entwurf für ein **Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** vorgelegt, den wir in dieser Woche erstmals beraten. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung führt zu einer Änderung dahingehend, dass mit einer Abschaffung der Disziplinaranzeige Bundesbeamtinnen und -beamte zunächst der Entscheidung der Dienstbehörde ausgesetzt wären und sich nur durch eine Klage gegen ihre Behörde im Dienstverhältnis halten können. Diesen Entwurf lehnen wir ab. Er wird von den Beamtenverbänden als nicht geeignet kritisiert und ist Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Beamtinnen und Beamten. Der Bund ginge mit dem Gesetzentwurf einen Sonderweg mit ungewissem Ausgang und würde damit den verfassungs- und dienstrechtlichen Konsens in Bund und Ländern brechen.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In dieser Sitzungswoche befassen wir uns abschließend mit der Verlängerung des Mandats **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR)**. Das Mandat wird weitgehend unverändert verlängert und umfasst die Entsendung von bis zu 400 Soldaten.

Außerdem befassen wir uns mit der **Letztmaligen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)**. Dem Mandat können wir – nach derzeitigem Stand – nicht zustimmen. Der Auftrag der Bundeswehr in der Mission MINUSMA ist nicht mehr sachgerecht, teilweise nicht mehr

ausführbar und damit im Lichte der Auftragszielsetzung weitgehend wirkungslos. Dies wird sich auch in den kommenden Monaten erwartbar nicht mehr ändern. Die Verweigerung der Unterstützung durch die malische Regierung, etwa durch die regelmäßige Behinderung und Verzögerung von Transportflügen und die nicht durchgehend verfügbare Luftunterstützung als Rückversicherung des deutschen Kontingents, sind inakzeptable Rahmenbedingungen. Das nun vorliegende Auslaufmandat bis zum Mai 2024 stellt eine unnötige Verlängerung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten dar und vergrößert ihre Gefährdungslage unnötig.

III. Wichtige Termine und Ausblick

1. Inland:

- 9.-11. Mai: BPräs Steinmeier besucht die Lausitz,
- 9. Mai: Fünfte Deutsche High-level Political Forum on Sustainable Development-Konferenz mit BM Lemke und BM Schulze,
- 9. Mai: Jahres-Pressekonferenz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
- 10. Mai: MPK mit BK Scholz (Flüchtlingspolitik),
- 10. Mai: 90. Jahrestag der Bücherverbrennung,
- 10. Mai: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate für April bekannt,
- 10. Mai: Eröffnung der Vertretung der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung,
- 11. Mai: Bekanntgabe Steuerschätzung,
- 11. Mai: BK Scholz hält Eröffnungsrede bei den 4. German Startup Awards und nimmt an Austausch auf den JugendPolitikTagen teil,
- 11./12. Mai: Umweltministerkonferenz,
- 12. Mai: BK Scholz besucht Steelwind Nordenham GmbH (Hersteller von Fundamenten von Offshore-Windkraftanlagen) und Hafenterminal-Betreiber J. Müller AG in Brake,
- 12. Mai: Verleihung des Deutschen Filmpreises,
- 14. Mai: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft und Kommunalwahl in Schleswig-Holstein.

2. Außen/EU:

- 9. Mai: Europatag: Rede von BK Scholz im EP,
- 9. Mai: Militärparade in Moskau zum "Tag des Sieges" der Sowjetunion,
- 11. Mai: Rat Auswärtige Angelegenheiten,
- 11.-13. Mai: G7-Finanzministertreffen,
- 12.-15. Mai: G7-Bildungsministertreffen,

- 12./13. Mai: Informeller Außenministerrat (Ukraine, China),
- 14. Mai: BK Scholz hält Festrede bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises an Staatspräsident Selenskyj und das ukrainische Volk, weitere Festredner: MP Mateusz Morawiecki und KOM-Präsidentin Ursula von der Leyen,
- 14. Mai: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei